



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/66

Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund prüfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/95

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 20. Juli 2017 überwiesenen Vorlagen in drei Sitzungen befasst und zu ihnen eine mündliche Anhörung durchgeführt. Er schloss seine Beratungen zu den Vorlagen in seiner Sitzung am 6. Dezember 2017 ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und des Abgeordneten des SSW empfiehlt er dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund, Drucksache 19/66, abzulehnen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund prüfen, Drucksache 19/95, in der folgenden geänderten Fassung zur Annahme:

„Zukunftsfähige Straßeninfrastruktur durch Stärkung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr

Der Landtag spricht sich für die Beibehaltung der Auftragsverwaltung der Bundesstraßen gemäß Artikel 90 Absatz 3 GG aus. Zudem spricht sich der Landtag dafür aus, dass die Landesregierung auf Bundesebene Verhandlungen gemäß § 10 Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz zur vorzeitigen Übertragung von Planung und Bau der Bundesautobahnen zum 01.01.2020 sowie zu einer möglichen Übertragung bestimmter Bundesstraßen, die perspektivisch zu Bundesautobahnen ausgebaut werden sollen oder mit Bunde-

sautobahnen in einem engen Netz- oder Bearbeitungszusammenhang stehen, aufnimmt.

Durch die Entscheidung der Landesregierung bekennt sich das Land zum Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) und den Beschäftigten. Zudem bestehen durch den Beschluss weiterhin umfassende Einfluss-, Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei der weiteren Infrastrukturentwicklung des Landes.“

gez. Dr. Andreas Tietze
Vorsitzender